

in der I. Ordnung die Abkömmlinge des Erblassers, das sind die ehelichen Kinder und die ihnen gleichstehenden Kinder (adoptierte, legitimierte). Uneheliche Kinder der nur gegenüber ihrer Mutter Kinder erben zu gleichen Teilen. Soweit ein Kind weggelassen ist, treten an dessen Stelle seine Abkömmlinge;

in der II. Ordnung die Eltern und deren Abkömmlinge, also die Geschwister des Erblassers und deren Kinder usw.; in der III. Ordnung die Großeltern und deren Abkömmlinge. Dabei ist im weltlichen Rückblick darauf genommen, daß das Vermögen je zur Hälfte in die väterliche und die mütterliche Linie gelangt; in der IV. Ordnung die Urgroßeltern und deren Abkömmlinge;

in der V. und weiteren Ordnungen die entfernteren Voreltern und deren Abkömmlinge.

Der überlebende Ehegatte erhält neben den Verwandten der I. Ordnung $\frac{1}{4}$, neben Verwandten der II. Ordnung, oder Großeltern, die Hälfte des Nachlasses. Sind nur weitere Verwandte vorhanden, so erbt er allein.

Der Fiskus erbt, wenn weder ein Verwandter noch ein Ehegatte vorhanden ist. Wer auf Grund des Gesetzes v. 14.7.1933 wegen Verletzung der Treupflichten gegen Reich und Volk ausgebürgert ist, kann von einem Deutschen nichts von Todes wegen erwerben. Das gleiche gilt von dem Ehegatten und den Kindern, auf die die Ausbürgerung sich erstreckt.

Erbsein Das Erbrecht wird durch einen Erblichen ausgewiesen, der auf Antrag des Erben vom Nachlassgericht ausgewiesen wird.

Erbvertrag Eine vertragmäßige Verfügung von Todes wegen. Ist der Erbvertrag zwischen Ehegatten geschlossen, so wird er durch Nichtigkeitserklärung oder Auflösung der Ehe hinfällig. Der Erbvertrag zwischen Ehegatten kann auch im Ehevertrag geschlossen werden.

Erbschaftsgemeinschaft I. Güterrecht.

Erziehung Die Erziehung des Kindes steht demjenigen zu, der das Recht und die Pflicht der Sorge für dessen Person hat. Sie hat nach den Grundsätzen der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft zu erfolgen.

In Bezug auf die religiöse Erziehung besteht insofern eine Besonderheit, als

während bestehender Ehe kein Eltern- teil ohne Zustimmung des anderen Anordnungen in der religiösen Erziehung anordnen kann.

Sohnsgemeinschaft I. Güterrecht.

Familienbuch ist das vom Standesbeamten geführte Buch, in dem die Heiraten beurkundet werden und der verwandtschaftliche Zusammenhang der Familienangehörigen ersichtlich gemacht wird. Nicht zu verwechseln mit dem Familienstammbuch, das die Heiratsurkunde der Eltern und die Geburtsurkunden der Kinder enthält und so als Beweismittel für die familienrechtlichen Beziehungen wertvoll ist.

Familienname Das eheliche Kind erhält den Namen des Vaters, das uneheliche Kind den Namen der Mutter. Die Frau erhält durch Eheschließung den Namen des Mannes; sie kann oder muß u. U. nach Scheidung oder Auflösung der Ehe ihren Mädchennamen oder, falls sie Kinder aus einer früheren Ehe hat, den Namen aus dieser früheren Ehe wieder annehmen. Änderung des Namens durch Annahme an Kindes Statt; ferner bei unehelichen Kindern durch Namenserteilung (i. d. selbst) und Legitimation (durch nachfolgende Ehe oder Eheschließungserklärung). Änderung des Namens durch behördliche Anordnung i. d. Namensänderung.

Die Schreibweise des Namens richtet sich danach, wie der Namensträger ihn schreibt und wie er in den letzten Jahrzehnten in maßgeblichen Urkunden, vor allem in Standesamtsbüchern, geschrieben ist.

Adelsbezeichnung ist ein Teil des Namens. Bei weiblichen Personen ist die Adelsbezeichnung abwandellbar, z. B. Freiherrin in Freifrau.

Bestehen Zweifel hinsichtlich des Familiennamens eines deutschen Staatsangehörigen, so kann der Reichsminister des Innern den Namen auf Antrag oder von Amts wegen mit allgemeiner verbindlicher Wirkung feststellen.

Seuerbesetzung Die Bestattungsart richtet sich nach dem Willen des Verstorbenen. In Ermangelung einer Willensäußerung des Verstorbenen über die Bestattung der Leiche, Geldwässer und deren Kinder sowie der Verlobte sie zu bestimmen. Bei Meinungsverschiedenheit geht der Wille

des Ehegatten dem der Verwandten, der Wille der Kinder oder ihrer Ehegatten dem der übrigen Verwandten, der Wille näherer Verwandten dem der entfernteren, oder des Verlobten vor. Die Feuerbestattung bedarf der schriftlichen Genehmigung der Polizeibehörde des Einbürgerungsortes.

Sindefinder, das sind aufgefundenen neugeborene Kinder, sind vom Finder bei der Ortspolizeibehörde anzuzeigen. Den vermutlichen Ort und Tag der Geburt, sowie vor allem den Familiennamen bestimmt die untere Verwaltungsbehörde.

Frau Auch unverschleierte weibliche Personen dürfen sich ohne besondere Genehmigung als „Frau“ bezeichnen; haben sie ein uneheliches Kind, so sind sie auch im amtlichen Verkehr als Frau zu bezeichnen, wenn sie vor der zuständigen Polizeibehörde die Erklärung abgegeben haben, daß sie die Bezeichnung „Frau“ führen wollen. Ihr lediger Stand wird dadurch nicht berührt.

Geburtsanmeldung Jede Geburt muß binnen einer Woche beim Standesbeamten, in dessen Bezirk das Kind geboren wurde, angemeldet werden. Zur Anzeige verpflichtet sind in nachstehender Reihenfolge: 1. der eheliche Vater, 2. die Hebamme, 3. der Arzt, 4. jede andere Person, die dabei zugegen war, oder von der Geburt aus eigener Wissenschaft unterrichtet ist, 5. die Mutter, sobald sie dazu imstande ist.

Bei Geburten in öffentlichen Anstalten genügt eine schriftliche Anzeige der Leitung. Der Anzeigende muß sich ausweisen (z. B. durch Familienstammbuch). Der Standesbeamte muß die Angaben nachprüfen; in großen Städten ist er gehalten, sich um Anzeigenden eine Bescheinigung der Hebamme oder des Arztes vorlegen zu lassen. Kann der Anzeigende den Vornamen nicht angeben, so ist dessen Angabe binnen 1 Monat nachzuholen. In diesem Falle ist er in einem Randeemeth beizufügen (i. d. auch Totgeburt).

Gesellschaftsfähigkeit ist die Fähigkeit, sich durch Rechtsgeschäfte zu verpflichten. Gesellschaftsfähig sind Kinder unter 7 Jahren, wegen Geisteskrankheit Entmündigte und Personen, die sich dauernd in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustand krankhafter Störung der Geistestätigkeit befinden. In der Ge-

schäftsfähigkeit beschränkt sind alle Minderjährigen über sieben Jahre, ferner Personen, die wegen Geisteschwäche, Verschwendung oder Trunksucht entmündigt oder unter vorläufige Vormundschaft gestellt sind.

Gesellschaftsfähige können nicht heiraten; desgleichen nach dem Ehegandheitsgesetz nicht die entmündigten oder unter vorläufige Vormundschaft gestellten Personen.

Gesetzliche Vertreter sind die Eltern oder Vormünder, welche die Geschäftsfähigkeit beschränken in rechtsgeschäftlichen Angelegenheiten zu vertreten berufen sind.

Gütergemeinschaft I. Güterrecht.

Güterrecht regelt die vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten zueinander. Wenn nichts anderes vereinbart ist, tritt der gesetzliche Güterstand ein. Das eingebrachte Gut der Frau gelangt in diesem Falle unter die Verwaltung und Nutznießung des Mannes.

Zum eingebrachten Gut der Frau gehört nicht das Vorbehaltgut; das sind die zu ihrem persönlichen Gebrauch bestimmten Sachen, ferner, was durch Ehevertrag zum Vorbehaltgut erklärt ist, was der Frau unter Bestimmung als Vorbehaltgut zugewendet ist und was sie durch eigene Arbeit oder durch ein selbständig betriebenes Gewerbe eingebracht erworben hat. Dieses Vorbehaltgut untersteht der freien Verfügung der Frau.

Über das eingebrachte Gut kann die Frau nicht verfügen; der Mann bedarf zur Verfügung darüber regelmäßig der Zustimmung der Frau. Diese Zustimmung kann im Interesse einer ordnungsgemäßen Verwaltung u. U. durch das Vormundschaftsgericht erteilt werden. Die Nutzungen des eingebrachten Gutes erwirbt der Mann wie ein Nießbraucher. Die Frau kann über ihr eingebrachtes Gut nur mit Einwilligung des Mannes verfügen, die u. U. gleichfalls durch das Vormundschaftsgericht erteilt werden kann.

Die Frau kann von dem Mann Sicherheitenleistung verlangen, wenn ihre Rechte und Ansprüche gefährdet erscheinen. Sie kann auch auf Aufhebung der Verwaltung und Nutznießung klagen, wenn eine solche Gefährdung zu befürchten ist, wenn der Mann seine Unterhaltspflichten verläßt, wenn er entmündigt ist oder unter Pflegschaft steht. Die Verwaltung und